



öffentlich

Betreff:

Zentrum für Bundeswehrsoldaten

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 13.09.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Klinikum „Ernst von Bergmann“ werden angewiesen, die Einrichtung einer auf posttraumatische Belastungsstörungen spezialisierten Therapieeinrichtung für ehemalige Bundeswehrsoldaten am jetzigen Standort „In der Aue“ oder anderen geeigneten Standorten in der Stadt zu prüfen.

Zur Finanzierung der Einrichtung sind Verhandlungen mit der Bundeswehr mit dem Ziel einer vollständigen Kostenübernahme nach dem Verursacherprinzip aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist ab Juni 2012 mindestens halbjährlich über den Sachstand zu unterrichten.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit einigen Jahren werden die Kriegseinsätze der Bundeswehr aus Geltow nahe Potsdam koordiniert. Dort befindet sich die Einsatzzentrale der Bundeswehr, die Kriegseinsätze in aller Welt organisiert.

Um die Opfer in den betroffenen Ländern kümmert sich sowieso niemand. Aber auch die aus den Kriegseinsätzen zurückgekehrten Soldaten, die Befehle zum Töten befolgenden Menschen, die zu einem großen Teil mit posttraumatischen Belastungsstörungen zurückkehren, finden keine adäquate Behandlung. Dies führt zu Suizidversuchen, Gewalt in den Familien oder Alkohol- oder Drogenproblemen.

Die Stadt Potsdam sollte gerade vor dem historischen Hintergrund, schon oft symbolischer Ausgangspunkt von Kriegen gewesen zu sein, Verantwortung für die jungen Menschen übernehmen, die im letzten Jahrzehnt u.a. durch die Agenda 2010 in prekäre Lebensverhältnisse und dadurch in die Bundeswehr und in Kriegseinsätze getrieben wurden und nun an den gesundheitlichen Folgen leiden.